

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

27.7.1914 (No. 202)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 202

Montag, den 27. Juli 1914

157. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Kupfer in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen — Mobilisierung in Österreich und Serbien.

Kasch, doch nach Lage der Dinge nicht mehr unerwartet, ist am Samstagabend die vorläufige Entscheidung in der österreichisch-serbischen Krise gefallen: Wenige Stunden nach Ablauf der von Österreich zur Beantwortung der bekannten Forderungen gestellten Frist meldete der Draht:

Wien, 25. Juli, 9 1/4 Uhr abends. Ministerpräsident Tisza erschienen wenige Minuten vor 6 Uhr in der österreichischen Gesandtschaft in Belgrad und erteilte eine ungenügende Antwort. Baron Giesl notifiziert hierauf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und verließ mit dem Gesandtschaftspersonal um 6 Uhr 30 Min. Belgrad.

Die serbische Regierung hatte schon früher, um 3 Uhr nachmittags, die Mobilisierung der gesamten Armee angeordnet. Der Hof und die Regierung sowie die Truppen räumen Belgrad. Die Regierung soll nach Kragujevac verlegt werden.

Eine Stunde vor dieser, durch Extrablatt noch am Samstag von uns verbreiteten Meldung, war folgender Drahtbericht eingelaufen:

Belgrad, 25. Juli. Das Regierungsorgan „Samoupravna“ schreibt an leitender Stelle: Serbien wünscht aufrichtige und korrekte nachbarliche Beziehungen mit der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die serbische Regierung wird bereitwillig allen jenen Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung entgegenkommen, durch welche verbesserliche Taten und Erfcheinungen der Unordnung in den Nachbarländern entgegen getreten werden soll. Serbien steht auch heute auf diesem Standpunkt und wird in der gegebenen Richtung alles tun, was es kann und mit Aufrichtigkeit in dem Bestreben gegenüber der Monarchie allen Pflichten guter Nachbarschaft entsprechen.

Die Stimmung in Österreich-Ungarn.

Wien, 25. Juli. Schon in den frühen Abendstunden sammelten sich vor der Börse und rings um dieselbe sowie in den umliegenden Straßen und vor dem Haupttelegraphenamt Menschenmassen an, die Gruppen geteilt, die Ereignisse besprachen und mit Aufregung und Spannung der Nachrichten warteten. Als vor 8 Uhr die erste Nachricht über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen bekannt wurde, ging eine lebhafteste Bewegung durch die Massen. Alsbald erschienen auch die ersten Extrablätter, die die Nachricht bestätigten. Sie wurden von einzelnen Personen aus dem Publikum gelesen und von den Umstehenden mit lautem Beifall und Hochrufen auf den Kaiser aufgenommen. Alsbald sammelten sich die Massen zu einem imposanten Manifestationszuge, der immer neuen Zugzug erhielt und über die Ringstraße zum Deutschmeisterdenkmal zog. Patriotische Lieder wurden gesungen und Hochrufe auf den Kaiser, auf Kaiser Wilhelm und auf die Armee ausgebracht. Aus den Tramwaywagen, die nicht passieren konnten, wurden die Hölle geschrien und die Hochrufe der Menge ertwidert. Beim Deutschmeisterdenkmal hielt ein Mann aus der Menge eine zündende patriotische Ansprache, die mit begeisterten Hochrufen auf den Kaiser und Kaiser Wilhelm und auf die Armee sowie mit Pfiffrufen auf Serbien begleitet wurde. Wiederholt wurde die Volkshymne, die Wacht am Rhein und das Prinz Eugenlied gesungen. Die Polizei ließ die Menge gewähren. Auch in allen übrigen Teilen der Stadt wurde die Nachricht mit der größten Begeisterung aufgenommen. Überall wo die Menge einen Offizier oder einen Soldaten erblickte, umringte sie ihn und begrüßte ihn mit begeisterten Rufen: Hoch der Armee, hoch die Armee! Die Manifestationen dauern zur Stunde noch an. Auch aus der Provinz werden begeisterte Ovationen gemeldet.

Budapest, 25. Juli. Auf die Nachricht von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Serbien fand eine großartige Straßenkundgebung statt. Ein viel tausendköpfiges Publikum durchzog die Straßen unter Rufen: Es lebe der König, nieder mit Serbien! Trotzdem es regnete, zog eine große Menschenmenge durch die Hauptstraßen und sang patriotische Lieder. Ein Offizier an der Spitze einer Abteilung Soldaten wurde vom Publikum auf die Schultern gehoben und die Soldaten begeistert gefeiert.

Deutschland und die Krisis.

Berlin, 25. Juli. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Der Reichskanzler, der in letzter Zeit mehrmals in Berlin geweilt hat, trifft heute wieder hier ein.

Paris, 25. Juli. Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Note: Aus autorisierter Quelle geht hervor, daß vor der Abendung der Note an Serbien keine Verständigung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn stattgefunden hat. Deutschland beschränkt sich darauf, diese Note zu billigen, die nicht den Charakter eines Ultimatum hat, sondern die Forderung nach einer Antwort mit beschränkter Zeit darstellt. Seine Haltung ist mit Unrecht so dargestellt worden, als ob sie eine Drohung bedeute. Sie darf nur interpretiert werden als Kennzeichnung des Bündnisses, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lokalisiert bleiben möge.

Paris, 25. Juli. Das Wolffsche Telegraphenbureau ist in der Lage, festzustellen, daß die mündliche Mitteilung, welche der deutsche Botschafter Freiherr von Schoen dem interimistischen Minister des Äußeren Vivienneu Martin machte, keineswegs jene drohende Spitze enthält wie sie in der auch sonst durch ihre Indiskretion befremdlichen Meldung des „Echo de Paris“ zum Ausdruck kommt. Ebenso ist die Schlussfolgerung des Blattes, daß die österreichische Note das Ergebnis einer Verabredung zwischen Deutschland und Österreich sei, durchaus unzutreffend.

München, 25. Juli. Bei der heutigen Generaldebatte des Eisenbahnbundes in der Abgeordnetenversammlung wies der Verkehrsminister von Seidl ein unter anderem darauf hin, daß die Einnahme der Eisenbahnverwaltung durch die ungünstige wirtschaftliche Konjunktur auch im letzten Jahre wesentlich beeinträchtigt wurden. Dazu kommen noch die ständigen Wirren im Osten. Österreich siehe, so fuhr der Minister mit erhobener Stimme fort, zur Zeit in einer schweren Stunde. Wir wünschen dem uns befreundeten Nachbarstaate Österreich, wenn es zum Krieg kommen sollte, den ihm durch ungeheuerliche Vorkommnisse aufgezwungenen Kampf glücklich und siegreich zu bestehen.

Berlin, 25. Juli. Als heute abend kurz nach 8 Uhr unter den Linden die ersten Extrablätter über die Ablehnung der österreichisch-ungarischen Note durch Serbien bekannt wurde, erschollen aus der Menge laute Hochrufe auf Österreich-Ungarn. Gegen 2000 Menschen zogen vor die österreichisch-ungarische Botschaft und stimmten unter erneuten Hochrufen die Lieder: Deutschland, Deutschland, über alles, Heil Dir im Siegerkranz und die Wacht am Rhein an. Der österreichisch-ungarische Botschafter erschien auf dem Balkon der Botschaft und dankte für die Kundgebung.

Berlin, 25. Juli. Gegen 11 Uhr abends kam es abermals zu begeisterten Kundgebungen. Eine viel tausendköpfige Menge zog unter begeisterten Hochrufen auf Österreich-Ungarn und Kaiser Franz Joseph und unter Abführung patriotischer Lieder und der österreichischen Nationalhymne vor die österreichisch-ungarische Botschaft. Vor der Botschaft machte die Menge halt und brachte begeisterte Hochrufe auf den Dreibund und Kaiser Franz Joseph aus. Dann marschierte die Menge zum Bismarckdenkmal. Auch hier wurden stürmische Hochrufe auf Deutschland und die übrigen Dreibundmächte ausgebracht.

Hamburg, 25. Juli. Als die Zeitungen tausende von Extrablättern über die Ablehnung der österreichisch-ungarischen Note durch Serbien in den Straßen und Restaurants verteilten, wurde allenthalben Befriedigung über das Vorgehen Österreich-Ungarns zum Ausdruck gebracht. Musikkapellen spielten die deutsche und die österreichische Nationalhymne, die von den Anwesenden begeistert mitgesungen wurde.

Politische Übersicht.

Vom Kaiser.

Berlin, 25. Juli. Der Kaiser hörte heute vormittag in Volkstrand an Bord der „Gohenzollern“ die Vorträge

des Chefs des Militärkabinetts, Generalleutnants von Lyncker, des Chefs des Marinekabinetts Admirals von Müller und des Vertreters des Auswärtigen Amtes Grafen von Wedel.

Berlin, 26. Juli. Der Kaiser befindet sich einige Tage früher als ursprünglich beabsichtigt war, auf der Seimfahrt von der Nordlandreise und wird wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages zurückkehren.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 27. Juli.

Evangelische Generalsynode.

Dreizehnte Sitzung.

Samstag den 25. Juli, vormittags 9 Uhr.

Nach Eröffnung der Sitzung mit Gebet gibt der Präsident einen kurzen Überblick über die geleistete Arbeit der Synode. Der Verfassungsausschuß hat in 8 Sitzungen 26 Beratungsgegenstände erledigt, der Finanzausschuß in 7 Sitzungen 13 Gegenstände, der Kultusausschuß in 10 Sitzungen 2, der Unterrichtsausschuß in 8 Sitzungen 10, der Ausschuß für den Hauptbericht in 10 Sitzungen 5 Gegenstände. Die Rollsynode hat 12 Sitzungen abgehalten. (Die andere Berechnung in unsern Berichten ergibt sich durch die getrennte Zählung der amtlich als eine Sitzung gerechneten zwei Sitzungen des ersten Tages am 3. Juli).

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten. Im Auftrag des Unterrichtsausschusses berichtet Hauptlehrer Baumann über zwei den Lehrplan für den Religionsunterricht betreffende Eingaben (von der Volksschulischen Vereinigung Mannheim und von der Forzheimer Pfarre und Lehrkonferenz). Nach kurzer Besprechung stimmt die Versammlung den folgenden Kommissionsanträgen zu: es möge bei Aufstellung des künftigen Lehrplans für den Religionsunterricht eine möglichst gleichmäßige, dem kindlichen Fassungsvermögen und pädagogischen Grundsätzen entsprechende Einteilung des Stoffes vorgenommen werden; wir überweisen dem Oberkirchenrat die Anträge der Forzheimer Pfarre und Lehrkonferenz zur Berücksichtigung bei künftiger Neubearbeitung des Lehrplans; die Anträge der Volksschul. Vereinigung Mannheim sind durch die seitherigen Anträge des Unterrichtsausschusses als erledigt anzusehen.

Den zweiten Gegenstand der Beratungen bildet die Katechismusfrage, worüber namens des Unterrichtsausschusses Pfarre Käßlein Bericht erstattet. Der zurzeit in Gebrauch befindliche Katechismus vom Jahr 1888 ist bereits auf der Generalsynode von 1899 als nicht mehr befriedigend angezweifelt worden. Die 1904er Synode beschloß eine Neubearbeitung; demgemäß legte im Jahre 1907 der Oberkirchenrat den Diözesansynoden einen Entwurf vor, der aber größtenteils abgelehnt und auch von der Generalsynode 1909 nicht angenommen wurde. Eine neu eingesezte Katechismuskommission arbeitete sodann 1910 einen weiteren Entwurf aus, der aber weder bei der Oberkirchenbehörde noch bei den Diözesansynoden Anklang fand. Dieser Entwurf ist mit einer vom Oberkirchenrat ausgearbeiteten Denkschrift über Stand und Lösung der Katechismusfrage jetzt in dem Katechismusauschuß erneut geprüft worden; auch weitere Entwürfe sind eingereicht worden (von der Evang. Konferenz und von Pfarre Siebert-Neuenweg). Berichterstatter schildert eingehend den Gang der Beratungen im Ausschuß, als deren Ergebnis folgende Anträge zur Annahme vorgeschlagen werden: „Es soll ein Katechismus ausgearbeitet werden, der im Anschluß an den übernommenen Stoff und seine Gruppierung sich darstellt als eine verkürzte und unter didaktischen und praktischen Gesichtspunkten vorgenommene Bearbeitung des bisher geltenden. Im einzelnen wird dazu bestimmt, daß er nur solche und so viele Sätze enthalten soll, die innerhalb dreier Schuljahre gelernt werden können und auch zu lernen sind. Das den Religionslehrern zur Veranschaulichung dienende Material ist — abgesehen von dem als Lesestoff für die Kinder geeigneten biblischen Lesestoff — als Stoffsammlung einer für die Hand des Lehrers bestimmten Ausgabe des Katechismus beizufügen. Ob ein Anhang mit Dokumenten aus der Geschichte und ein anderer mit Sittensprüchen und Gebeten beigelegt wird, bleibt anheimgestellt. Die Generalsynode legt zu diesem Zweck eine sechsgliedrige Kommission ein, die zusammen mit dem Präsidenten und den theologischen Mitgliedern des Oberkirchenrats diese Aufgabe zu besorgen hat, und überweist ihr dazu als Material die Entwürfe von 1907, 1910 und 1914. Der gefertigte Katechismus wird der vertagten Generalsynode vorgelegt.“

In einer ausgedehnten Besprechung werden von verschiedenen Seiten Wünsche geäußert. Dann wird der Antrag des Ausschusses einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung der letzten Sitzung erledigt.

Vizepräsident Stefan Schmittner dankt im Namen der Synode dem Präsidenten Dr. Nibel für seine geschickte und sachfördernde Leitung der Verhandlungen und dem Oberkirchenratspräsidenten D. Helbing Erzell für seine auch in den Tagungen der Synode zum Ausdruck gekommene treue Fürsorge für die evang. Landeskirche. Die Abgeordneten erheben sich den Genannten zur Ehre von ihren Sitzen.

Der Präsident der Synode spricht seinerseits den Dank für die Zufriedenheit der Versammlung mit seiner Geschäftsführung aus und gibt im Rückblick auf die entscheidungsvollen Verhandlungen über die Agenda in tiefgefühlten Worten der Hoffnung Ausdruck, daß die Glieder der Landeskirche in

der Kraft des gemeinsamen Glaubens die vorhandenen Unterschiede überwinden werden.

Oberkirchenratspräsident D. Helbing weist nach kurzen Worten des Dankes für die ihm ausgesprochene Anerkennung darauf hin, wie von höherem Standpunkt aus gesehen, die vorhandenen Entfernungen einander näher rücken; übrigens sei überhaupt in dieser Synode mehr als in den vorhergehenden das Gefühl der Brüderlichkeit mehr zum Ausdruck gekommen. Im Namen und mit Ermächtigung des Großherzogs erklärt er sodann die Synode für vertagt.

Vizepräsident Stefan Schmittbener spricht das Schlusswort.

Heidelberg, 26. Juli. Heute nachmittag hielt die Nationalliberale Partei eine Vertrauensmänner-Verammlung im Saale des „Heidelberger Niederfranzösischen“ ab. Die Versammlung hatte sich mit der Aufstellung einer Kandidatur zur Reichstagswahl im Wahlkreis Heidelberg-Eberbach zu befassen. Von der statisch besetzten Versammlung wurde einstimmig Landgerichtsdirektor Dr. Obfischer in Karlsruhe aufgestellt. Landtagsabgeordneter Kranth empfahl die Kandidatur Obfischer aufs wärmste. Landgerichtsdirektor Obfischer erklärte sich zur Übernahme der Kandidatur bereit. Die Sozialdemokratie hat bekanntlich schon seit längerer Zeit den Parteisekretär Maier als Kandidaten nominiert. Die Fortschrittliche Volkspartei hielt heute nachmittag im „Lammhauer“ eine Versammlung ab, in der sie die Reichstagswahl in Heidelberg-Eberbach und den Ausbau ihrer Wahlkreis-Organisation besprach.

Aus der Residenz.

B. C. Die Nachricht vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreichs mit Serbien rief auch hier lebhafteste Kundgebungen hervor. Vor den Redaktionen der Tageszeitungen hatten sich zahlreiche Menschenmengen angesammelt, die das Erscheinen der Extrablätter mit Jubel begrüßten. Die Klänge der Nationalhymne „Deutschland, Deutschland über alles“ vernichteten sich mit Hochrufen auf das Reich, auf Österreich und den Dreibund. Als die Nachricht von der energischen Haltung Österreichs Serbien gegenüber in das Sommertheater in der Festhalle kam und nach dem ersten Akte der „Höflich-Christel“ verlesen wurde, mußte das Orchester „Deutschland, Deutschland über alles“ spielen und das Publikum sang freudig zu den Musikklängen den frischen Text Hoffmanns von Fallersleben. Auch in den Cafés, in denen Musikkapellen konzertierten, herrschte eine frohe Stimmung und recht oft wurden von den Kapellen die Weisen „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Heil Dir im Siegerkranz“ verlangt. Kräftig stimmten dann die Anwesenden diese Lieder an.

Neueste Nachrichten und Telegramme. Der Kriegszustand zwischen Österreich und Serbien.

Die Mobilisierung in Österreich.

Wien, 26. Juli. 2 Uhr 38 früh. Wie verlautet, wurde die teilweise Mobilisierung der Armee angeordnet. Ferner wurde eine Reihe von Aunahmeverfügungen getroffen, so die Übertragung der Befugnisse der politischen Verwaltung an den Höchstkommmandierenden der Streitkräfte Bosniens, der Herzegowina und Dalmatiens, ferner Aufhebung der staatsgrundgesetzlichen Bestimmungen über die persönliche Freiheit, Versammlungsrecht, Briefgeheimnis, Pressefreiheit, Einstellung der Geschworenengerichte, Beschränkung des Fahrwesens, Unterstellung von Zivilpersonen wegen strafbarer Handlungen gegen die Armee unter die Militärgerichtsbarkeit, teilweises Ein-, Aus- und Durchführverbot, sowie endlich Inkrafttreten des Kriegsleistungsgesetzes. Ferner wurden der Landtag und der Reichsrat geschlossen.

Das Communiqué bemerkt dazu: Wenn gleich die Maßnahmen in mancher Richtung eine einschneidende Wirkung auf das normale bürgerliche Leben haben werden, so darf im Hinblick auf die erste Stunde doch mit Sicherheit erwartet werden, daß die schwere Verantwortung, welche zu diesem Schritte bestimmen mußte, von allen Bewohnern des gemeinsamen Vaterlandes gewürdigt wird.

Verhaftung des serbischen Generalstabschefs.

Budapest, 26. Juli. Auf der Kelenfölder Station wurde gestern der Chef des serbischen Generalstabs Putnik, der auf der Rückreise von dem schweizerischen Kurort Gletschenberg nach Belgrad begriffen war, auf Weisung der ungarischen Militärbehörde verhaftet. Später wurde ihm jedoch ein Extrazug mit Solowagen zur Heimreise zur Verfügung gestellt.

Wien, 26. Juli. Freiherr von Giesl ist nachmittags 10 Uhr hier eingetroffen.

Wien, 26. Juli. Wie das Wiener Korrespondenz-Bureau meldet, ist heute mittag dem serbischen Gesandten der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Serbien notifiziert und sind dem Gesandten seine Pässe zugestellt worden.

Wien, 27. Juli. Die „Korrespondenz Wilhelm“ meldet: In der gestrigen Sitzung der Wiener Börse kam der Vorkommnisse Ministerialdirektor Dr. Zwerzina mit, daß nach den von ihm eingeholten Erkundigungen kein Grund zu der Annahme vorliege, daß die gewünschte Lokalisierung nicht erzielt werden würde.

Die Haltung Deutschlands.

Berlin, 26. Juli. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Wochenrundschau: Die auf Grund der Untersuchung des Thronfolgermordes von der österreichisch-ungarischen Regierung an Serbien gestellten Forderungen müssen gerechtfertigt erscheinen, wenn man die Begründung dieser Forderungen mit den bei der Sache gebührenden Ernst würdigt. Die Beteiligung verbüßter Persönlichkeiten, auch Militärs, an der von langer Hand vorbereiteten Verdröpfung gegen das Leben des Erzherzogs Franz Ferdinand und die Anzettelungen gegen die Reichseinheit der habsburgischen Monarchie ist aufgedeckt. Die österreichisch-ungarische Regierung hat sich bereit erklärt, den Mächten Einsicht in ihr Untersuchungsmaterial zu gewähren, ein Beweis, daß sie von der Unanfechtbarkeit ihrer Ermittlungen und der Gerechtigkeit ihrer Forderungen überzeugt ist. Sollte wider Erwarten Serbien diese Forderungen ablehnen (die Wochenrundschau war vor Bekanntgabe der Ablehnung geschrieben, D. Red.), so hoffen wir, daß im Gefühl des Ernstes der Lage die Regierungen der Großmächte es sich sämtlich angelegen sein lassen werden, zu verhindern, daß aus der unvermeidlichen österreichisch-serbischen Auseinandersetzung weiter um sich greifende Verwicklungen hervorgehen.

W. T. B. Berlin, 26. Juli. Die unrichtigen und offenbar tendenziösen Ausstellungen einzelner Pariser Blätter über den Inhalt der Unterredung des deutschen Botschafters mit dem stellvertretenden französischen Minister des Auswärtigen sind bereits von der „Agence Havas“ richtig gestellt worden. Die deutsche Regierung hat in Paris keine andere Sprache geführt, als bei allen übrigen Kabinetten, insbesondere auch in St. Petersburg und London. Sie hat überall gleichmäßig den Standpunkt vertreten, daß sie den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien als eine Angelegenheit betrachte, die diese beiden Staaten allein angehe, und deshalb lokalisiert bleiben müsse. Ihre Bestrebungen gehen dahin, daß auch die übrigen Mächte diesen Standpunkt zu dem ihrigen machen, damit der Friede Europas erhalten bleibe.

Paris, 27. Juli. Der deutsche Botschafter Freiherr von Schoen und der interimistische Ministerpräsident Biennemann Martin, hatten gestern eine neue Unterredung über die besten Mittel zu einer Aktion der Mächte für die Aufrechterhaltung des Friedens.

München, 26. Juli. Der König hat auf Anraten des Ministerrats wegen der ungeklärten politischen Lage die für die kommende Woche in Aussicht genommene Reise nach Franken aufgegeben.

Berlin, 25. Juli. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Geheimer Regierungsrat Fischer wurde unter Belassung in seiner Stellung als Vortragender Rat im Handelsministerium zum Staatskommissar bei der Berliner Börse ernannt; Landrat Könhild-Berlin wurde zum Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat im Handelsministerium ernannt.

Volle Bereitschaft Rußlands und Montenegros.

St. Petersburg, 25. Juli. Nach einer Meldung der „Betherswe Brenja“ sprach im gestrigen Ministerrat nach Sazonow der Kriegsminister über die volle Bereitschaft Rußlands.

St. Petersburg, 26. Juli. Der Kaiser hat die Offizierschüler, die ihr Abgangszeugnis in der Militärschule bestanden haben, zu Offizieren ernannt. Es ist ein Verbot ergangen, von heute ab bis auf ein Jahr bestimmte Nachrichten über Heer und Flotte zu veröffentlichen. In St. Petersburg und Moskau und in den dazu gehörigen Gouvernements ist der Zustand des außerordentlichen statt des verstärkten Schutzes erklärt worden.

Wien, 27. Juli. Der „Südslawischen Korrespondenz“ wird aus Cetinje gemeldet: der Kronrat beschloß unter dem Vorbehalt des Königs die allgemeine Mobilisierung. Vorgestern und gestern fanden große Kundgebungen für ein gemeinsames Vorgehen mit Serbien statt. Die Rückkehr des Kronprinzen wird für heute erwartet.

Die Haltung Frankreichs.

Paris, 25. Juli. In einer anheimelnd offiziellen Note über die Haltung Frankreichs gegenüber der österreichisch-serbischen Krise heißt es: Die französische Regierung ist sich mit der russischen Regierung einig, eine Verlängerung der Frist zu erlangen. Sie hält sich mit Rußland und England in Fühlung. Dieser Meinungsaustrausch wird durch die Tatsache bekräftigt, daß weder der deutsche Botschafter in Petersburg, noch der deutsche Botschafter in London den betreffenden Regierungen jene Mitteilung gemacht hat, die in Paris von Freiherrn v. Schön gemacht worden ist. Man erwartet demgemäß genauere Darstellungen. Die französische Regierung besitzt die Gewißheit, daß Serbien heute wie gestern zu jeder Untersuchungsmahnahme bereit ist, welche mit seiner Souveränität und seiner Würde vereinbar ist. Auf diesen wesentlichen Punkt ist die Aufmerksamkeit Österreich-Ungarns zu lenken. Wir und die französische Botschaft in Wien haben die Versicherung erhalten, daß die österreichische Note eine verständliche sein werde. Der Text dieser Note sowie der der Botschaft an die Mächte war demnach geeignet, die französische Regierung zu überraschen.

Paris, 25. Juli. Der serbische Gesandte Besenitsch wurde heute mittag im Ministerium des Auswärtigen empfangen. Nach einer Meldung aus Petersburg hatte der Präsident Poincaré am Dienstag im Winterpalast beim Empfang des diplomatischen Korps mit dem serbischen Gesandten Spalaitowitsch eine Unterredung, in welcher er dem letzteren das ganze Interesse zeigte, welches Frankreich Serbien gegenüber bringt.

Paris, 25. Juli. Das „Journal des Debats“ erklärt, daß der Charakter der Krise durch den gestern bei dem Ministerpräsidenten Biennemann Martin unternommenen Schritt bekräftigt wird. Auch die Erklärung des Staatssekretärs v. Jagow, daß die deutsche Regierung das Vorgehen Österreich-Ungarns billige, zeige, daß Deutschland und Österreich-Ungarn schrittweise und solidarisch sind. Europa befindet sich demnach unter der Drohung einer allgemeinen Konflagration. Es handele sich darum, ob die österreichisch-ungarische Regierung noch heute Nacht oder später erklären, zu Gewalttaten zu schreiten, oder ob sie sich darauf beschränken werde, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Wenn sie sich auf diese letzteren Maßnahmen beschränke, dann könne die Konflagration vermieden werden; aber, so schließt der Artikel, wenn sie ihren Truppen den Befehl erteile, die Save und die Donau zu überschreiten, dann werden wir augenblicklich Tatsachen gegenübersehen, deren Folgen schwerlich zu berechnen sind.

Paris, 25. Juli. Die „Globe“ schreibt: Ein furchtbarer Streik wüthet in Petersburg. England steht vor dem Bürgerkrieg. Die französische Armee ist ohne Pferde, ohne Schuhe und ohne schwere Artillerie. In Paris sind 300 000 Revolutionäre. In diesem Zustand der Schwäche und Ungleichheit des gültigen Rechts, Österreich-Ungarn hat die französische Regierung nur eines zu tun, Serbien Kojakina anzurufen, anstatt es aufzuheben.

Paris, 25. Juli. Um das Ausfließen der Börsenpanik zu verhindern, welche gleich zu Beginn namentlich die französische Rente betroffen hat, haben die Wechselmakler sowie eine Anzahl von Bankhäusern beschlossen, alle Spekulationsverläufe in französischer Rente abzulehnen. Außerdem wurde beschlossen, auf der Auktion des Fonds mit französischer Rente bis auf weiteres einzustellen.

Die Auffassung in England.

London, 25. Juli. Lord Saltonc sagte in einer gestern gehaltenen Rede, die Lage im neuen Osten sei derzeit, daß sie jede Regierung in Verlegenheit versetzen müsse. Aber er hoffe, daß die Interessen im Lande auf der Seite des Friedens stehen werden.

London, 26. Juli. Der Generalsstaatsanwalt Sir John Simon erklärte gestern in einer Ansprache in Manchester bezüglich der europäischen Lage, man solle sich dazu entschließen, daß die Rolle, die England dabei spiele, von Anfang bis zu Ende nur die eines Vermittlers sein werde, der einzig und allein danach strebe, bessere und friedliche Beziehungen zu fördern.

Weitere Meldungen zur Lage.

Stuttgart, 26. Juli. Das W. T. B. erhält von der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft eine Kundmachung, in der es u. a. heißt: An die Wehrpflichtigen Österreich-Ungarns Teilweise Mobilisierung. In Österreich-Ungarn wurde von Seiner Majestät eine teilweise Mobilisierung angeordnet. Diejenigen Dienstpflichtigen, welche aus diesem Anlaß einzurücken haben, werden hiervon durch Einberufungsakten verständigt. Den Einberufenen werden die Reisekosten vergütet.

München, 27. Juli. Im Zusammenhange mit einem Demonstrationszuge kam es zu Tumulten zwischen Serben, Österreichern und Deutschen. Ein Caféhaus ist laut Berliner Tageblatt demoliert worden.

St. Petersburg, 26. Juli. (W. T. B.) In einem Leitartikel schreibt die „Kowojew Brenja“: Österreich-Ungarn allein wagt keine offene Verletzung des internationalen Rechts. Ein Wort des deutschen Kaisers genügt, daß Österreich seine Verbalnote zurücknimmt. Der deutsche Kaiser weiß, daß Rußland nicht gleichgültig bleiben kann; sondern gezwungen ist, Serbien mit dem Vorkommen seiner Militärmacht zu unterstützen. Der österreichische Überfall auf Serbien heißt Krieg mit Rußland; ein österreichisch-russischer Krieg rufe die Mitwirkung Deutschlands hervor; ein russisch-deutscher Zusammenstoß zieht Frankreich und vielleicht auch England hinein. Die moralische Verantwortung für den drohenden Zusammenbruch der europäischen Zivilisation fällt Deutschland und seinem Führer zu. (Bemerkung des W. T. B.: Das Blatt, dessen Äußerungen nicht mehr jene Bedeutung zukommt, die ihnen noch vielfach zugeschrieben wird, übersieht in dem Drange, die Leidenhaftigkeit zu schüren, vollständig den Ausgangspunkt des gegenwärtigen Konflikts zwischen Österreich-Ungarn und Serbien und sucht die moralische Verantwortung für einen europäischen Krieg auf Deutschland abzuwälzen, das den Frieden zu erhalten befreit ist.)

Attentat auf den Scheive von Ägypten.

Konstantinopel, 25. Juli. Als der Scheive die Feste nach einem Besuch des Großwesirs verließ, feuerte ein junger Ägypter wiederholt auf ihn. Der Scheive wurde am einen Arm und im Gesicht leicht verletzt, ebenso sein Schwiegervater. Der Attentäter wurde durch einen Adjutanten gefoltert.

W. T. B., 26. Juli. Bei dem Kaiser Franz Josef fand gestern um 3 Uhr nachmittags ein Familien-diner zu 27 Gedecken statt. In demselben nahmen teil Prinz Leopold und Gemahlin, Prinzessin Gisela mit ihren Söhnen, den Prinzen Georg und Konrad von Bayern, Herzog Ernst August und Herzogin Thyra von Cumberland und deren Tochter Prinzessin Olga, Herzog Ernst August und Herzogin Viktoria Luise von Braunschweig und die Gefolge der cumberlandischen, österreichischen, braunschweigischen und bayerischen Herrschaften.

Stockholm, 25. Juli. Präsident Poincaré kam heute morgen in Stockholm an und wurde vom König Gustav, dem Prinzen und den höchsten Zivil- und Militärbeamten empfangen. König Gustav und Präsident Poincaré fahren nach dem königlichen Schloß.

Verantwortlich für die Redaktion:

Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

W. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Den Badischen Behörden empfehlen sich:

C. Haushahn, Maschinenfabrik Stuttgart-Feuerbach

liefert in bestbewährter Bauart

Personen - Aufzüge, Lasten - Aufzüge

jeder Art u. Größe, insbesondere mit elektr. Antrieb und Patentdruckknopfsteuerung

Erste Referenzen. Projekte und Voranschläge kostenlos.



Goldene Staatsmedaille

Dyckerhoff & Söhne in Mannheim

Portland-Cementfabrik Amöneburg b. Biebrich a. Rh. empfehlen ihr seit nahezu 50 Jahren bewährtes Fabrikat unter Garantie für höchste Festigkeit und unbedingte Gleichmässigkeit und Zuverlässigkeit



Goldene Staatsmedaille

Produktion: jährlich über 2 Millionen Fass.
Niederlagen an allen bedeutenderen Plätzen.

Carl Metz, Karlsruhe i. B.

Feuerwehr-Gerätefabrik
gegründet 1842 in Heidelberg

Mechanische Leitern, Feuer-spritzen, Hydrantenausrüstung, Mannschaftsausrüstung

Weltausstellung Brüssel 1910: „Goldene Medaille“, höchste Auszeichnung

Johannes Haag

Maschinen- u. Röhrenfabrik, Aktiengesellschaft, Augsburg
Zweigniederlassung: Karlsruhe i. B.
Hübischstraße 44 Telefon Nr. 1856

Zentralheizungs- u. Lüftungsanlagen aller Systeme

Transport- und Verlade-Anlagen Aufzüge

in moderner Ausführung



Wilhelm Fredenhagen
Maschinenfabrik
Offenbach a. M.

LEOPOLD SCHMIDT

Eisenbeton- und Baugeschäft
Ingenieurbureau
für Hoch- und Tiefbau
KARLSRUHE i. B.

Amalienstraße 79 Telefon 35 und 1000.



Vorteilhafter Einkauf in

Rolladen

in Holz- und Stahlblech, Roll- und Zugjalousien, aut. Gurtwickler, Getriebe etc.

Karlsruher Jalousie- und Rolladenfabrik
G. m. b. H. Karlsruhe i. B.
Durlacher Allee 59 Telefon Nr. 2328

Schönes solides Koch- und Brat-Geschirr

Einmalige Anschaffung da unverwüstlich!
Ersatz für Guss. Beste Resultate im Kochen und Braten, da Schmiedeeisen. Bill. Geschirrt!
Schmiedeis. unverwüstl. Auto-Geschirr mit verstärk. Boden!
Gold. Medaille, höchste Auszeichnung, Jub.-Ausstellung 1913, Straßburg i. E.
Zu haben in allen besseren Haushaltungs-Geschäften
Fabrikanten:
Bad. Eisen- u. Blechwarenfabrik Motz & Cie., Sinsheim a. E.

Parkettfabrik Langenargen

Gegründet 1853 Aktien-Gesellschaft Telefon Nr. 1

Alle Arten
Riemen und Parkettböden
Spezialität: Feinste Tafelparketts
Durch u. durch gedunkelte Eichenhölzer
Parkett mit Nut und Feder in Asphalt verlegt nach Patent 156 006
Imprägnierte und gedämpfte Buchenriemen

KATZ & KLUMPP, Gernsbach

Leitungsmasten
Telegraphenstangen

Sägereien, Reb- und Baumpfähle
HOLZSTOFF-FABRIKEN

H. Rek

Ingenieur-Bureau und Eisenbetonbau-Unternehmung
Stuttgart Karlsruhe Metz
Schlosstr. 88 Augartenstr. 6 Karolinenstr.
Teleph. 5540 Teleph. 2479 Teleph. 1974
Westgleis 40 Ulm a. D. Teleph. 962
Telephon 12 Neu-Ulm Friedensstr. 9

Projektierung und Ausführung von

Beton- und Eisenbeton-Bauten
für Hoch- und Tiefbau

Brücken, Wasserbehälter, Silos
Fabrikbauten, Lagerhäuser etc.

Fundierungen:

Eisenbetonpfähle, Gerammte Betonpfähle, Eisenbetonplatten
Besteigbare Eisenbetonmaste
System Saxonia und Bavaria

Isolierdecken für Stallungen, Kesselhäuser
Brauereien, Papierfabriken

Erste Referenz. Prospekte, Pläne u. Voranschläge auf Ansuchen

Ausser Syndikat!

Hoch- und Niederspannungs-Bleikabel F 891

Panzer- u. Gummi-Aderleitungen, Garnituren aller Art

nach den Normen des V. D. E. liefert billigst

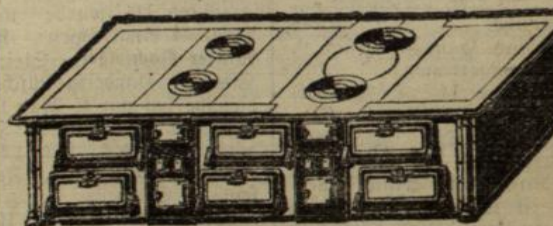
G. v. Staszewski

Postfach 19 20 Saarbrücken 3 Telephon 65



Erste Rastatter Herdfabrik

Unkel, Wolff & Zweifelhoffer Rastatt.



Herde für Anstaltsküchen,
Dampfkochanlagen, Spül-
apparate, Spülmaschinen.

Zentral-Handels-Register für das Großherzogtum Baden.

Wichern. 2.831
Zu Abteilung A, D.-Z. 167
unseres Handelsregisters
Firma S. Brandstetter zum
Abder in Neudorf wurde
unterm 22. Juli 1914 eingetra-

Baden. 2.832
Handelsregister-Eintrag
Abt. A, D.-Z. 232: Firma
F. G. Jäger in Baden —
Die Firma ist erloschen.

Breisach. 2.751
Handelsregister-Eintrag
Band I, unter Nr. 141: Of-
fene Handelsgesellschaft in
Firma „Breisacher & Geis-
mar“ mit dem Sitz in Breis-
ach. Persönlich haftende Ge-
sellschafter sind Verthold Brei-
sacher und Hermann Geis-
mar, Kaufleute in Breisach.

Durlach. 2.750
Handelsregister-Eintrag
Firma „Central-Automat G.
m. b. H.“ in Durlach wurde
eingetragen. Der Geschäftsführer
Albert Schlichter ist
ausgeschieden, Kaufmann
Nikolaus Stahl in Durlach und
dessen Ehefrau Anna Stahl
sind zu Geschäftsführern be-
stellt. Der Eheherr ist be-
rechtigt die Firma allein zu
zeichnen.

Ettlingen. 2.778
Im Handelsregister A,
D.-Z. 103, ist zur Firma
„Gebrüder Dewy, Forzheim,
Zweigniederlassung in For-
zheim und Ettlingen“ eingetra-
gen worden in Spalte 3: Al-
bert Lange, Geh. Kommerzien-
rat in Muerbäumen in
Soosfen, Spalte 4: Dem In-
genieur Robert Lange &
den Kaufleuten Karl Galt-
meier, Karl Erhardt & Her-
mann Weiz, alle in Forz-
heim, ist in der Weise Pro-
kura erteilt, daß mit Halt-
meier stets einer der übrigen
Prokuristen zu zeichnen hat.

Heidelberg. 2.784
Handelsregister-Eintrag
Abt. A Band III, D.-Z.
177: zur Firma „Emil Gru-
nlich“ in Heidelberg als Zweignieder-
lassung mit dem
Sitz in Mannheim: Die
Zweigniederlassung ist zur
Hauptniederlassung erhoben
und auf Marie Schneider, ledig
in Heidelberg, überge-
gangen. Diese führt das Ge-
schäft unter der Firma „Emil
Grunlich Nachf.“ Marie
Schneider“ weiter. Der Über-
gang der im Betriebe des
Geschäfts begründeten For-
derungen und Verbindlich-
keiten ist bei dem Erwerbe des
Geschäfts durch Marie
Schneider ausgesprochen.

Karlsruhe. 2.747
In das Handelsregister B,
Band II, D.-Z. 79, wurde
zur Firma Gummi Shoe
Gie., Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Karlsru-
he eingetragen: Die Li-
quidation ist beendet, die
Firma erloschen.

Karlsruhe. 2.748
In das Handelsregister A
wurde eingetragen:
Zu Band II, D.-Z. 261,
zur Firma J. Weil & Cie.,
Karlsruhe. Die Gesellschaft
ist aufgelöst; der Gesellschaf-
ter, Kaufmann Maier Weil
hier, ist aus dem Geschäft
ausgetreten; dieses wird von
dem bisherigen Gesellschafter
Kaufmann Sidor Weil hier
als Einzelkaufmann unter
der bisherigen Firma weiter-
geführt.

Karlsruhe. 2.794
Zu Band V, D.-Z. 10, zur
Firma Bothe & Weissen,
Karlsruhe: Die Gesellschaft
ist infolge Ablebens des Ge-
sellschafter Kaufmanns
Bernhard Bothe aufgelöst; der

bisherige Gesellschafter Kauf-
mann Leo Weissen in Karlsru-
he führt das Geschäft als
Einzelkaufmann unter der
bisherigen Firma weiter.
Karlsruhe, 17. Juli 1914.
Großh. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. 2.864
In das Handelsregister A
ist eingetragen:
1. Zu Band II, D.-Z. 168
zur Firma L. Glöckner, Li-
thographische Anstalt und
Steindruckerei, Karlsruhe:
Die Gesellschaft ist aufge-
löst; der Gesellschafter Adolf
Glöckner, Lithograph hier, ist
aus dem Geschäft ausgetre-
ten; dieses wird durch den
bisherigen Gesellschafter Li-
thograph Robert Glöckner hier
als Einzelkaufmann unter
der bisherigen Firma weiter-
geführt. Der Ehefrau des
letzteren Emma geb. Plum
hier ist Prokura erteilt.

Karlsruhe. 2.864
2. Zu Band II, D.-Z. 321
zur Firma Otto Müller,
Karlsruhe: Die Firma ist
erloschen.

Karlsruhe. 2.864
3. Zu Band IV, D.-Z. 224
zur Firma Adolf Hombert-
ger, Karlsruhe: Die Firma
ist erloschen.

Karlsruhe. 2.864
4. Zu Band V, D.-Z. 63
Firma und Sitz: Eduard
Breithaupt & Sohn, Karlsru-
he. Offene Handelsgesell-
schaft. Persönlich haftende
Gesellschafter: Eduard Brei-
thaupt und Max Breithaupt,
Buchbindermeister in Karlsru-
he. Die Gesellschaft hat
am 1. Juli 1914 begonnen.
(Buchbinderei und Papier-
handlung.)

Karlsruhe. 2.864
5. Zu Band V, D.-Z. 64
Firma und Sitz: Pintas
Teicher, Karlsruhe. Einzel-
kaufmann Pintas Teicher,
Kaufmann, Karlsruhe. (Aus-
stattungsgehilfe.)

Konstanz. 2.791
Handelsregister-Eintrag
A, Bd. III, D.-Z. 160: Die Fir-
ma Friedrich Marquardt,
Immobilien- und Finanzie-
rungsbureau in Konstanz.
Inhaber ist Friedrich Mar-
quardt in Konstanz.

Konstanz. 2.792
In das Handelsregister
Abt. A, Band III, wurde zu
D.-Z. 48: (Karl Winter, Steinen)
eingetragen: Die Firma ist
erloschen.

Konstanz. 2.793
In das Handelsregister
Abt. A, Band III, wurde unter
D.-Z. 34 eingetragen: Karl
Winter Nachfolger, Steinen.
Offene Handelsgesellschaft;
dieselbe hat am 1. Mai 1914
begonnen. Gesellschafter: Her-
mann Leberer und Max
Hidenbrenner, beide Kauf-
leute in Steinen.

Mannheim. 2.812
Zu Band VIII, D.-Z. 26:
Firma „Jamaica“ Bananen- und
Früchteeinzelhandel in
Mannheim, wurde heute ein-
getragen.

Mannheim. 2.812
Zu Band VIII, D.-Z. 26:
Firma „Jamaica“ Bananen- und
Früchteeinzelhandel in
Mannheim, wurde heute ein-
getragen.

Mannheim. 2.812
Die Firma ist geändert in:
„Robbe & Co. mit beschränk-
ter Haftung.“

Mannheim. 2.812
Durch den Beschluß der
Gesellschafter vom 14. Juli
1914 wurde § 1 des Gesell-
schaftsvertrags entsprechend
der Firmenänderung abge-
ändert.

Mannheim. 2.812
Mit Wirkung vom 14. Juli
1914 ist Wilhelm Harperath
als Geschäftsführer ausges-
chieden und Alfred Eggert
Friedrich Harder in Bremen
zum alleinigen Geschäftsführer
der Gesellschaft be-
stellt.

Mannheim. 2.753
Zu Band VIII, D.-Z. 26:
Firma: „Kannheimer Milch-
zentrale Aktiengesellschaft“,
Mannheim (Schlachthaus).

Mannheim. 2.753
Gegenstand des Unterneh-
mens ist: Die Übernahme,
der Betrieb und die Erweite-
rung der bisherigen Milch-
zentrale e. G. m. b. H. und
allererlei Geschäfte, die mit dem
Betriebe einer solchen Zen-
trale in Zusammenhang
stehen.

Mannheim. 2.753
Das Grundkapital beträgt:
30.000 M.

Mannheim. 2.753
Mitglieder des Vorstandes
sind: Dr. Wilhelm Fries,
Direktor, Mannheim, Robert
Strohs, Direktor, Mannheim,
Friedrich Diden, Geschäftsführer,
Mannheim.

Mannheim. 2.753
Der Gesellschaftsvertrag ist
am 6. April 1914 festgesetzt.

Mannheim. 2.753
Der Vorstand besteht aus
drei Mitgliedern. Willens-
erklärungen sind für die Ge-
sellschaft rechtsverbindlich,
wenn sie durch zwei Vor-
standsmitglieder abgegeben
werden.

Mannheim. 2.753
Das Grundkapital ist ein-
geteilt in 150 mit fortlaufen-
den Nummern verzeichnete
Aktien von je 200 M., deren Über-
tragung an die Zustimmung
der Gesellschaft gebunden ist
und welche zum Kennbetrage
ausgegeben werden. Zwei
Vorstandsmitglieder werden
vom Stadtrat der Hauptstadt
Mannheim, das dritte
Mitglied und, sofern der Stad-
trat von seinem Bestellungs-
rechte nicht innerhalb eines
Monats Gebrauch macht, auch
die übrigen Mitglieder vom
Aufsichtsrat bestellt; die Amts-
dauer der Vorstandsmitglie-
der beträgt 3 Jahre. Zu den
Generalversammlungen beru-
ft der Vorstand oder der
Aufsichtsrat die Aktionäre
zum Zweck der Generalversam-
mlung ein. Die Bekanntmachun-
gen der Gesellschaft sind ordnungsmä-
ßig erfolgt, wenn sie unter
der Firma der Gesellschaft
in Reichsanzeiger einge-
richtet sind; sie können daneben auch
in hiesigen Tageszeitungen
erfolgen, ohne daß ihre Wir-
ksamkeit dadurch bedingt wird.

Mannheim. 2.812
Zu Band VIII, D.-Z. 26:
Firma „Jamaica“ Bananen- und
Früchteeinzelhandel in
Mannheim, wurde heute ein-
getragen.

Mannheim. 2.812
Die Firma ist geändert in:
„Robbe & Co. mit beschränk-
ter Haftung.“

Mannheim. 2.812
Durch den Beschluß der
Gesellschafter vom 14. Juli
1914 wurde § 1 des Gesell-
schaftsvertrags entsprechend
der Firmenänderung abge-
ändert.

Mannheim. 2.812
Mit Wirkung vom 14. Juli
1914 ist Wilhelm Harperath
als Geschäftsführer ausges-
chieden und Alfred Eggert
Friedrich Harder in Bremen
zum alleinigen Geschäftsführer
der Gesellschaft be-
stellt.

Mannheim. 2.753
Zu Band VIII, D.-Z. 26:
Firma: „Kannheimer Milch-
zentrale Aktiengesellschaft“,
Mannheim (Schlachthaus).

Mannheim. 2.753
Gegenstand des Unterneh-
mens ist: Die Übernahme,
der Betrieb und die Erweite-
rung der bisherigen Milch-
zentrale e. G. m. b. H. und
allererlei Geschäfte, die mit dem
Betriebe einer solchen Zen-
trale in Zusammenhang
stehen.

Mannheim. 2.753
Das Grundkapital beträgt:
30.000 M.

Mannheim. 2.753
Mitglieder des Vorstandes
sind: Dr. Wilhelm Fries,
Direktor, Mannheim, Robert
Strohs, Direktor, Mannheim,
Friedrich Diden, Geschäftsführer,
Mannheim.

Mannheim. 2.753
Der Gesellschaftsvertrag ist
am 6. April 1914 festgesetzt.

Mannheim. 2.753
Der Vorstand besteht aus
drei Mitgliedern. Willens-
erklärungen sind für die Ge-
sellschaft rechtsverbindlich,
wenn sie durch zwei Vor-
standsmitglieder abgegeben
werden.

Mannheim. 2.753
Das Grundkapital ist ein-
geteilt in 150 mit fortlaufen-
den Nummern verzeichnete
Aktien von je 200 M., deren Über-
tragung an die Zustimmung
der Gesellschaft gebunden ist
und welche zum Kennbetrage
ausgegeben werden. Zwei
Vorstandsmitglieder werden
vom Stadtrat der Hauptstadt
Mannheim, das dritte
Mitglied und, sofern der Stad-
trat von seinem Bestellungs-
rechte nicht innerhalb eines
Monats Gebrauch macht, auch
die übrigen Mitglieder vom
Aufsichtsrat bestellt; die Amts-
dauer der Vorstandsmitglie-
der beträgt 3 Jahre. Zu den
Generalversammlungen beru-
ft der Vorstand oder der
Aufsichtsrat die Aktionäre
zum Zweck der Generalversam-
mlung ein. Die Bekanntmachun-
gen der Gesellschaft sind ordnungsmä-
ßig erfolgt, wenn sie unter
der Firma der Gesellschaft
in Reichsanzeiger einge-
richtet sind; sie können daneben auch
in hiesigen Tageszeitungen
erfolgen, ohne daß ihre Wir-
ksamkeit dadurch bedingt wird.

Neustadt. 2.833
Zum diesseitigen Handels-
register B, Band I, D.-Z. 14,
wurde heute eingetragen:
„Elektrizitätsgesellschaft Hin-
tergarten mit beschränkter
Haftung“ mit dem Sitz in
Hintergarten. Gegenstand des
Unternehmens ist der Bau
und Betrieb von Elektrizitäts-
werken, der Kauf und
Betrieb von elektrischer
Energie aus anderen Kraft-
werken, die Übernahme und
Ausführung von Fernleitun-
gen, Ortsnetzanlagen und
Hausinstallationen. Stamm-
kapital 30.000 M. Geschäftsführer
ist Ingenieur Anton
Fogel in Colmar im Elsaß.
Der Gesellschaftsvertrag ist
am 11. Juli 1914 errichtet
worden. Die Gesellschaft ist
auf die Dauer von 25 Jahren
errichtet.

Neustadt. 2.833
Neustadt, 23. Juli 1914.
Großh. Amtsgericht.

Neustadt. 2.772
In das Handelsregister
Abt. A, Band I, D.-Z. 26,
wurde eingetragen:
Thalstedt, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, Maschi-
nenfabrik Thalstedt.

Neustadt. 2.772
Durch Beschluß der General-
versammlung vom 8. Juli
1914 wurde unter Abände-
rung des § 1 des Gesell-
schaftsvertrags der Sitz der
Gesellschaft von Landau nach
Thalstedt verlegt. § 6 der
Satzungen wurde dahin ge-
ändert. Die Organe der Ge-
sellschaft sind: 1. Die Ge-
sellschaftsführer. 2. Die Be-
rathung der Gesellschaft.

Neustadt. 2.772
Die Rechte und Pflichten der
Gesellschaftsführer bestimmen
sich soweit in diesem Ver-
trage nichts anderes gesagt
ist, nach dem Gesetze, jedoch
ist den Gesellschaftsführern das
Recht eingeräumt, für den
gesamten Geschäftsbetrieb der
Gesellschaft, oder einzelne
Teile desselben Handlungsab-
vollmächtigte zu bestellen.

Neustadt. 2.772
Die Bestellung und Abbe-
rufung von Prokuristen ist
der Beisatzfassung der Ge-
sellschaft unterstellt. Ein
jeder Geschäftsführer ist für
sich zur Vertretung der Ge-
sellschaft und Zeichnung der
Firma berechtigt. Die Zeich-
nung der Firma geschieht in
der Weise, daß die Zeichnen-
den zu der geschriebenen oder
auf mechanischem Wege her-
gestellten Firma der Gesell-
schaft ihre Namensunters-
chrift beifügen.

Neustadt. 2.772
Als Geschäftsführer wur-
den bestellt: Otto Foell,
Kaufmann in Thalstedt, Emil
Schubert, technischer Be-
triebsleiter in Thalstedt, Max
Müller, Kaufmann in Ra-
statt.

Neustadt. 2.772
Rastatt, 18. Juli 1914.
Großh. Amtsgericht.

Säckingen. 2.719
Handelsregister-Eintrag
Abt. A, D.-Z. 73, die Fir-
ma Streicher & Bertsch in
Säckingen betr.:

Säckingen. 2.719
Jezige Inhaberin der Fir-
ma ist die Erbengemeinschaft
zwischen 1. Auguste geb.
Hohenadel, Witwe des Kauf-
manns Alfred Streicher in
Säckingen, 2. Anna Streicher,
geboren am 30. April 1864,
ledig hier, 3. Martha Strei-
cher, geboren am 4. Novem-
ber 1896, ledig hier, Biffer 2
und 3 unter gefeßlicher Ver-
tretung von Biffer 1.

Säckingen. 2.834
Handelsregister-Eintrag
Abt. A, D.-Z. 93 und 93, die Firma
G. Fribolin in Säckingen
betr.:
Die Firma ist erloschen.

Säckingen. 2.835
Handelsregister-Eintrag
Abt. A, D.-Z. 192: Elias
Truzzi in Ruggi, Weinbändler
in Ruggi.

Säckingen. 2.836
Handelsregister-Eintrag
Abt. A, D.-Z. 195: F. Bohn
in Kleinlaufenburg. Inha-
ber ist Friedrich Bohn, Wät-
termeister in Kleinlaufen-
burg.

Säckingen. 2.837
Handelsregister-Eintrag
Abt. A, D.-Z. 194: Oskar
Thomann in Brennet. In-
haber ist Oskar Thomann,
Weinbändler in Brennet,
Gemeinde Oflingen.

Säckingen. 2.837
Handelsregister-Eintrag
Abt. A, D.-Z. 194: Oskar
Thomann in Brennet. In-
haber ist Oskar Thomann,
Weinbändler in Brennet,
Gemeinde Oflingen.

Säckingen. 2.837
Säckingen, 18. Juli 1914.
Großh. Amtsgericht I.

Säckingen. 2.770
Zu Band I, D.-Z. 18 „S.
Polgar Nachfolger“ Schop-
psheim wurde eingetragen:
Die Gesellschaft ist aufge-
löst. Der Gesellschafter Josef
Picard ist ausgeschieden. Das
Geschäft ist auf den bisher-
gen Gesellschafter Joseph
Picard übergegangen und
wird von diesem als Einzel-
kaufmann unter der bisher-
gen Firma fortgeführt.

Säckingen. 2.739
Zu D.-Z. 27 des Handels-
registers Abt. A — Firma
Wöhrenbader Metallwaren-
fabrik, Dreh-, Fraß- und
Stanzwerke in Wöhrenbach —
wurde eingetragen: Die Pro-
kura des Wöhrenbach ist er-
loschen. Inhaber der Firma
ist jetzt: Wilhelm Hornung
jr., Fabrikant in Wöhrenbach.
Dem Fabrikanten Wilhelm
Hornung alt in Wöhrenbach
ist Prokura erteilt.

Säckingen. 2.739
Wöhrenbach, 10. Juli 1914.
Großh. Amtsgericht.

Säckingen. 2.844
Zu Genossenschaftsregister
Band II, D.-Z. 19 ist ein-
getragen: Bäuerliche Ver-
einigung u. Abhängigen Genossen-
schaft mit beschränkter Haft-
pflicht in Aalen. Gegenstand
des Unternehmens ist der ge-
meinschaftliche Ankauf land-
wirtschaftlicher Bedarfsartikel
und der gemeinschaftliche Ver-
kauf landwirtschaftlicher Er-
zeugnisse. Stammkapital für
einen Geschäftsanteil 50 M.

Säckingen. 2.844
Mitglieder des Vorstandes
sind: Pius Bracht, Joseph
Haag und Eduard Bräuscher
alle Landwirte in Aalen.
Statut vom 18. März 1914.

Säckingen. 2.844
Bekanntmachungen der
Genossenschaft erfolgen unter
der Firma der Genossenschaft
im Vereinsblatt des Badi-
schen Bauernvereins in Frei-
burg i. B. Willenserklärung
und Zeichnung für die Ge-
nossenschaft erfolgen durch 2
Vorstandsmitglieder.

Säckingen. 2.844
Die Einricht der Liste der
Genossen ist während der üb-
lichen Geschäftsstunden jeder-
mann gestattet.

Säckingen. 2.844
Aalen, 14. Juli 1914.
Großh. Amtsgericht.

Säckingen. 2.845
Genossenschaftsregister-
eintrag D.-Z. 1, den Ländlichen
Kreditverein Aalen, e. G.
m. b. H. in Aalen betr.:
Der Vorstand besteht nun-
mehr aus dem Vorsteher (Di-
rektor, Geschäftsführer) und
zehn weiteren Mitgliedern,
von denen eines Stellvertre-
ter des Direktors ist.

Säckingen. 2.845
Als weitere Vorstandsmit-
glieder sind gewählt: Sutter,
Fritz, Stuhlauer in Göttingen,
Matt, Andreas, Stab-
halter, Ega, Bächle, Wiltbar,
Landwirt in Jungolz.

Säckingen. 2.845
Säckingen, 21. Juli 1914.
Großh. Amtsgericht.

Säckingen. 2.842
Genossenschaftsregister-
eintrag D.-Z. 30: A. S. Verband
der Gesellschaft Lactaria mit
dem Sitz in Heidelberg.

Säckingen. 2.843
Zu Vereinsregister Band
VI, D.-Z. 3 wurde heute ein-
getragen:
„Vereinsverein der Albei-
nischen Gummi- und Cellu-
lose-Fabrik (e. B.)“ Mann-
heim-Redarau, für Bernie,
Arbeiter und Arbeiterinnen“
in Mannheim-Redarau.